

Der Vorstand des SPD-Ortsvereins Sontheim-Brenz nimmt Stellung zur aktuellen Flüchtlingssituation

Die Flüchtlingskrise stellt Deutschland jeden Tag erneut vor enorme Herausforderungen. Die hohen Zahlen von Flüchtlingen und die Schnelligkeit, mit der sie zur Zeit in Deutschland ankommen, setzen Länder und Kommunen unter Druck. Aber wir stellen auch fest: Seit Wochen heißen die Menschen in unserem Land viele Tausend Flüchtlinge mit überwältigender Hilfsbereitschaft willkommen.

Auch die grün-rote Landesregierung nimmt diese riesige humanitäre Herausforderung an, in engster Zusammenarbeit mit den Kommunen, Kirchen, Flüchtlingsorganisationen und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.

Wo ist die europäische Solidarität?

Zwingend erforderlich ist, dass Europa die Initiative ergreift, damit die Herkunftsländer der Flüchtlinge und die Staaten des Nahen Ostens, die selbst Millionen von Flüchtlingen beherbergen, weit entschiedener Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erhalten. Aber auch die USA und die arabischen Golf-Staaten müssen in die Finanzierung einer menschenwürdigen Versorgung im Libanon, in Jordanien, im Irak und der Türkei einsteigen. In den kommenden Wochen und Monaten muss die Lage dort stabilisiert werden, damit nicht noch mehr Menschen die tödliche Route über das Mittelmeer einschlagen.

Einwanderung regeln

Einig war sich der Vorstand, dass 15 Monate zur Bearbeitung eines Asylantrages eindeutig zu lang ist. Hier müssen die Organisationsstrukturen deutlich verbessert werden, damit spätestens nach drei Monaten eine Entscheidung steht: Bleiben oder Rückführung.

Um die Flüchtlingsströme zu steuern, ist es nach Meinung der SPD dringend erforderlich, ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Dies scheitert aber immer noch am Widerstand des konservativen Koalitionspartners in Berlin.

Brandstiftung ist ein Verbrechen

Eine Kampfansage an alle Demokraten sind die Anschläge und Brandstiftungen auf Flüchtlingsheime durch Rechtsradikale. Denen setzen wir entgegen: Deutschland wird ein Land bleiben, das offen ist für Menschen, die Schutz bei uns suchen. Die SPD steht für eine solidarische und menschliche Flüchtlingspolitik. Das heißt: Flüchtlingen helfen, Kommunen entlasten, Europa und die übrige Welt in die Verantwortung nehmen.